

TERMINE

• 1. Dezember	19 Uhr	öffentliche Fraktionssitzung	Freiraum
• 1. Dezember	19 Uhr	Ausschuss Bauen Planen Umwelt	Rathaus
• 2. Dezember	19 Uhr	Ausschuss Jugend Sport Soziales Kultur	Rathaus
• 4. Dezember	19 Uhr	Haupt- und Finanzausschuss	Rathaus
• 7. Dezember	13.00 - 16.00 Uhr	Nikolausfahrt	Steinertseebahn
• 11. Dezember	19 Uhr	Gemeindevertretung	Bürgersaal
• 12.-14. Dezember		Stiftsweihnacht	

DAS SIND WIR:

Die Grüne Linke Liste Kaufungen ist eine Wählervereinigung. Seit vielen Jahren bestimmen wir die Kaufunger Kommunalpolitik mit. Wir sind ökologisch und konsequent, neugierig und kritisch, verantwortungsvoll und interessiert.

Und wir sind offen für politisch Interessierte. Im März 2016 finden die Kommunalwahlen statt. Wir sind auf der Suche nach Verstärkung.

Die Kaufunger Bevölkerung ist vielfach engagiert, möglicherweise bist du selbst in einem Verein aktiv oder in anderen Strukturen. Dafür vielen Dank!

Doch wir wollen dich für ein Engagement in der Kommunalpolitik gewinnen: Für eine Politik in Kaufungen, die neue Wege möglich macht, die weiter denkt und die Richtung ändert! Dazu laden wir dich ein, denn ohne dich geht in Kaufungen überhaupt nichts.

Ob du in Kaufungen neu bist oder schon eine Weile hier, ob du schon Erfahrungen mit der Kommunalpolitik gemacht hast oder nicht:

Wir freuen uns auf dich!

Hast du Interesse an regelmäßigen Informationen per Mail? Dann schreibe bitte an:

Im Internet
unter
www.gllk.de

Die kommunalpolitische Arbeit kostet auch Geld. Spenden an die Grüne Linke Liste Kaufungen sind steuerabzugsfähig. Wenn du unsere Arbeit finanziell unterstützen möchtest, dann nimm doch bitte mit uns Kontakt auf.

Grüne Linke Liste
Kaufungen
Raiffeisenbank
Baunatal
BLZ 520 641 56
Konto: 4132572

newsletter@gll-kaufungen.de

selbst eintragen unter

<https://listen.jpberlin.de/mailman/listinfo/gll-kaufungen>

Impressum:

V.i.d.S.P.: Steffen Andreae
Leipziger Str. 467

34260 Kaufungen

Telefon: 05605 9271715

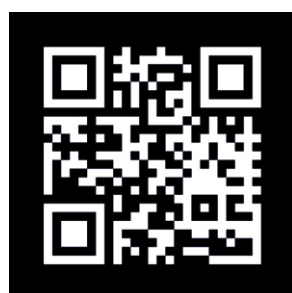
Fax: 05605 9271711

Email: info@gllk.de

Homepage: www.gllk.de

Facebook:

<https://www.facebook.com/GLLKaufungen>



GRÜNE LINKE LISTE KAUFUNGEN INFOBRIEF 4

Kaufungen
gestalten

Themen in dieser Ausgabe:

* **Eigentum verpflichtet**

* **Termine**

* **Vorstellung**

Unser Antrag und eine Erklärung

Die Haushaltberatungen haben begonnen. Das Land Hessen zieht die Dauerschrauben an. Jetzt soll noch schneller der Haushaltsausgleich her. Die Verwaltung hat nun den Haushalt vorgelegt, die Fraktionen beraten darüber. Die Vorlage erfüllt die Anforderungen, das Haushaltssicherungskonzept greift und wir sind auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt.

Auf dem Weg haben wir die Grundsteuer und die Gewerbesteuer erhöht, die Kitagebühren sind gestiegen ebenso wie die Friedhofsgebühren. Spielapparate- und Hundesteuer wurden hoch gesetzt. Es gibt jetzt weniger Ausstellungen im Museum, die Kosten des Kulturprogramms wurden reduziert, die Schulen bekommen weniger Zuschüsse, Saisonkräfte am Bauhof werden nicht mehr eingestellt, die Pflege von Beetflächen wurde verringert und wenn die Mitarbeitenden der Verwaltung krank sind, dann müssen das die Kollegin-

nen und Kollegen stemmen.

Diese Entscheidungen sind in den letzten Jahren gefallen, der Auftrag war klar: Bis 2015 muss das Defizit halbiert werden.

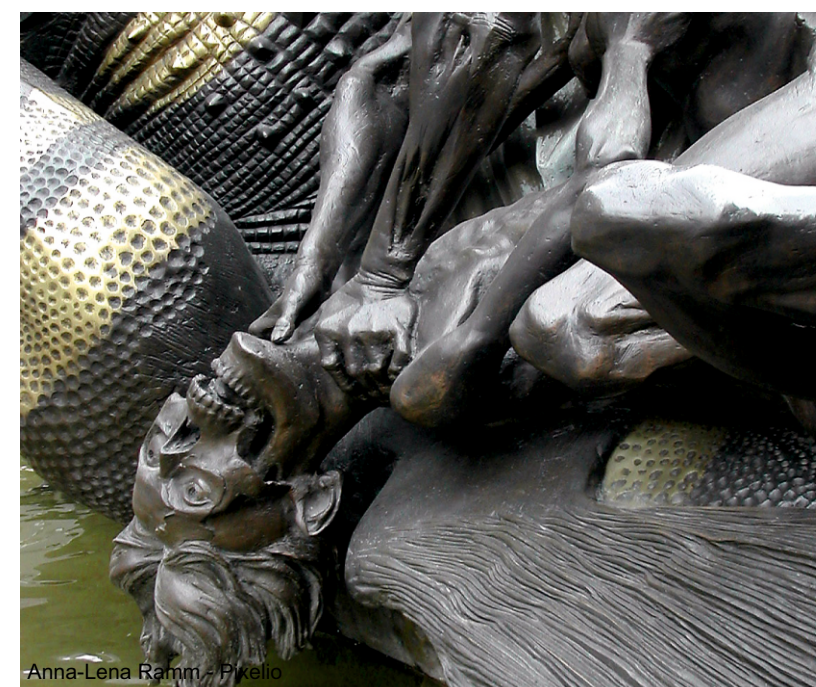
Doch das Land ist ja immer noch pleite, es ändert sich ja nichts. Drum flattert der nächste Sparauftrag ins Haus: Haushaltsausgleich schon im Jahr 2017.

Ist ja wohl klar, wer das zu bezahlen hat: Die Bürgerinnen und Bürger.

Wer denn sonst?

Das Land hat kein Geld, drum reichen Appelle an das Land nicht aus.

Also sollten sich auch die Kommunen aufmachen und Vorschläge machen, die die Finanzmisere grundlegender angehen. Hierzu legen wir einen Vorschlag vor, den wir in den kommunalen Gremien diskutieren wollen. Wir sind neugierig auf andere Vorschläge. Mit diesem Infobrief veröffentlichen wir unseren Diskussionsentwurf.



Anna-Lena Rammi - Pixerio



Eigentum verpflichtet

Kommunale Handlungsfähigkeit erhalten

Mit Einführung der sogenannten Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung hat sich das Land verpflichtet, bis 2020 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen und auf eine Neuverschuldung zu verzichten.

Die Umsetzung dieses Verfassungsauftrags durch das Land Hessen ist allein auf Landesebene nicht möglich. Um die selbstgesetzte Vorgabe zu erreichen greift das Land Hessen mit Schutzschirmregelungen und Haushaltskonsolidierungsanweisungen per Erlass auch tief in die Taschen der Gemeinden und stellt die Hessischen Kommunen vor große Herausforderungen. Dieses „Durchreichen nach unten“ bedeutet für die Hessischen Bürgerinnen und Bürger in der Konsequenz vielfache Gebühren- und Steuererhöhungen, aber auch Leistungseinschränkungen und Angebotsabbau.

Bereits jetzt, vor dem Hintergrund einer positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und einem historisch niedrigen Zinsniveau gelingt es in Hessen kaum einer Kommune einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Die Städte und Gemeinden werden in einen Wettlauf um Einnahmepotentiale und Kürzungsmöglichkeiten getrieben. Wir sehen durch diese Entwicklung eine gestaltende Kommunalpolitik und eine funktionierende kommunale Selbstverwaltung bedroht. Schon heute sollen sich nach dem sogenannten Herbstelass die Gebühren und Abgaben defizitärer Kommunen an den jeweils höchsten Sätzen anderer vergleichbarer Gemeinden orientieren.

Ein scheinbar unaufhaltsamer Wettlauf nach oben zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger bei gleichzeitiger Leistungseinschränkung ist eröffnet. Vor Ort kann nicht mehr über das „ob“, sondern nur noch die Reihenfolge der

Leistungskürzungen und Abgabenerhöhungen entschieden werden.

In diesem Prozess werden die Kerninhalte des Zusammenlebens in den Kommunen in Frage gestellt. Kulturelle Angebote, Sportförderung, der Öffentliche Personennahverkehr, Bildung und Betreuung sowie der Erhalt der Infrastruktur stehen auf den Streich- und Kürzungslisten. Der sogenannte „schlanke Staat“, der nur noch das aller Notwendigste regelt und bereitstellt, kommt durch die Hintertür.

Das Geld ist ja nicht weg, es ist nur woanders!

Gleichzeitig stellen wir fest, dass die Einkommens- und Vermögensverteilung immer weiter auseinander geht. Das Einkommen der ärmsten zehn Prozent ist von 1999 bis 2009 um 9,6 Prozent gesunken, während das reichste Zehntel der Bevölkerung noch weitere 16,6 Prozent hinzu gewann. Das Vermögen ist noch viel ungleicher verteilt als das

Einkommen. Das reichste 1 Prozent der Deutschen besitzt über ein Drittel des gesamten Vermögens, die reichsten 10 Prozent besitzen zusammen sogar zwei Drittel.

Unser Grundgesetz kennt jedoch nicht nur den Schutz des Eigentums, sondern auch dessen Zweckbindung. Im Grundgesetz Art. 14 Abs.2 heißt es, „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Wenn sich ein kleiner Teil der Bevölkerung dieser Verpflichtung durch Steuersenkung, den Verzicht auf die Besteuerung von Vermögen und legale sowie illegale Steuerflucht immer weiter entzieht, dient dieses Eigentum nicht mehr der Allgemeinheit im Gegenteil, es gefährdet damit den sozialen Frieden.

Nur Vermögende können sich schwache Kommunen leisten, denn sie können

sich auch die hohen Kosten privatisierter Dienstleistungen in Kultur, Sport, ÖPNV oder Bildung leisten. Alle anderen zählen zu den Verlierern dieser Umverteilung und müssen mit hohen Gebühren, Beförderungstarifen oder Eintrittspreisen leben.

Wir fordern

- eine dauerhafte Vermögensteuer und eine einmalige Vermögensabgabe - möglichst europaweit koordiniert;
- einen konsequenten Kampf gegen Steuerbetrug und Steueroasen, auch auf internationaler Ebene;
- eine gesetzliche Regelung für eine bessere und wirksame Bankenkontrolle.

Wir brauchen Geld für Investitionen in mehr Bildung und Soziales, Pflege und Gesundheit, in

bessere öffentliche Infrastruktur, sozialen Wohnungsbau und die Energiewende. Wir brauchen finanzielle Spielräume für den Schuldenabbau und die kommunale Selbstverwaltung. Und es geht um gelebte Solidarität in unserer Gesellschaft und um die Handlungsfähigkeit des kommunalen Gemeinwesens.

Darüber diskutieren wir im Haupt- und Finanzausschuss am 4.12 und in der Gemeindevertretung am 11.12..